

Bonner Abgeordnete warnen Guttenberg

Heftige Kritik an Plänen für Berlin-Komplettumzug

Von unserem Korrespondenten
Holger Möhle

BERLIN. Die sechs Mitglieder der Strukturkommission der Bundeswehr waren sich auch in diesem besonderen Punkt einig. Keiner der Sachverständigen unter Vorsitz des Chefs der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, plädierte für Bonn, bislang immer noch erster Dienstsitz des Bundesministers der Verteidigung. Das Experten-Gremium votierte bei Vorlage seines Berichts im vergangenen Oktober vielmehr einstimmig dafür, das Verteidigungsministerium in Berlin zusammenzuführen. Die Zahl der Dienstposten könne mehr als halbiert werden – von über 3 000 auf unter 1 500, hieß es in dem Bericht.

Dem Auftraggeber kam das Votum wie bestellt. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) macht seit langem keinen Hehl daraus, dass er die Zweiteilung seines Ministeriumssitzes für überholt hält und den gesammelten ministeriellen Sachverstand schnell in Berlin versammeln möchte.

Jetzt ließ Guttenberg wieder aufhorchen, weil nach einem Bericht von Staatssekretär Walther Otremba das Verteidigungsministerium – sehr zum Missfallen des Kanzleramtes – weit weniger verschlankt werden soll. Denn: Guttenberg soll nach einem Kabinettsbeschluss in den nächsten Jahren etwa 8,3 Milliarden Euro einsparen. Doch schon dieses Sparziel sei kaum zu erreichen, ließ er verlauten. Guttenberg hofft

auf einen Sparnachlass für 2013 und 2014. Dagegen argwöhnt das Kanzleramt, der Umbau des Ministeriums bringe kaum Einsparungen. So würde die Leitungsebene nach dem Otremba-Bericht unzureichend gestrafft. „Schnittstellenprobleme mit resultierenden Kompetenzrängeleien bleiben erwartbar bestehen“, heißt es in dem Papier, aus dem die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet.

Auch die geplante Verlagerung des Ministeriums nach Berlin registriert das Kanzleramt aufmerksam. Die verbleibenden 1 200 Stellen in Bonn sollen dann in einem „Bundeswehramt“ zusammengefasst werden. Die regionalen Bundestagsabgeordneten Ul-

rich Kelber (SPD), Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU), Katja Dörner (Grüne) und Paul Schäfer (Linke) protes-

tierten gestern umgehend gegen den Umzugsplan. „Dies verstößt gleich mehrfach vehement gegen das Berlin-Bonn-Gesetz und muss deshalb sofort gestoppt werden“, erklärten sie gemeinsam. Die Abgeordneten verweisen darauf, dass nach dem Bonn-Berlin-Gesetz der größte Teil aller Ministeriumsarbeitsplätze in Bonn verbleiben sollte. Dies sei „schon heute nicht mehr der Fall“, so SPD-Fraktionsvize Kelber. Zudem gebe es einen Kabinettsbeschluss, nach dem in sogenannten Bonn-Ministerien wie dem Verteidigungsressort nur maximal 25 Prozent der Stellen nach Berlin verlagert werden dürften. Sie forderten Guttenberg auf, sich endlich dem Gespräch mit Vertretern der Region Bonn zu stellen.

*„Schnittstellenprobleme
bleiben erwartbar
bestehen“*
